Infobrief Nr. 48/2017 vom 18.12.2017, 16. Jahrgang

Aus dem Europäischen Parlament

Ein Hinweis in eigener Sache: Meine neue Website
Ich habe meiner Website ein neues, moderneres Outfit verpasst. Sie finden sie unter der gewohnten Adresse (*www.europaabgeordneter.eu*). Neben verschiedenen strukturellen Änderungen gibt es nun auch eine Schlagwortsuche, mit der Sie die Themen meiner vergangenen Infobriefe leicht nachverfolgen können. Stöbern Sie doch mal rein!

Phosphatzusätze im Dönerfleisch: Kein Einspruch gegen den Vorschlag der EU-Kommission

„Niemand ist daran interessiert, blödsinnige Gesetze zu verabschieden“

Eine Entschließung gegen die Zulassung von Phosphatzusätzen in Dönerfleisch hat vergangene Woche nicht die absolute Mehrheit von 376 EU-Abgeordneten erreicht.

Damit kann die EU-Kommission nun die Verwendung von Phosphorsäure, Di-, Tri- und Polyphosphaten (E338-341, E343, E450-452) in Dönerfleisch zulassen. Hintergrund der Kommissionsinitiative ist eine Gesetzeslücke: Während die EU-Verordnung über Lebensmittelzusatzstoffe die Phosphatverwendung etwa bei der Herstellung von Bratwürsten und Kasslern regelt, macht sie keine Angaben darüber, ob der Einsatz von Phosphaten auch bei gefrorenem Dönerfleisch erlaubt ist. Mit der Folge, dass die EU-Länder die Verordnung nach eigenem Gusto interpretiert haben: Deutschland zum Beispiel erlaubt es, Tschechien hingegen nicht.
Die EU-Kommission wollte diese Lücke schließen und auch gefrorene Döner-Spieße in die Liste der Fleischprodukte aufnehmen, bei denen der Zusatz von Phosphaten erlaubt ist. Phosphate werden eingesetzt, um das Fleisch länger haltbar zu machen. Grüne und Sozialisten im EU-Parlament hatten ein Veto auf den Weg gebracht: Sie wollten die Zulassung verhindern, bis die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit eine wissenschaftliche Überprüfung der Zusatzstoffe veröffentlicht hat. Diese hat ihren Bericht für Dezember 2018 angekündigt.

So weit, so gut: eine ganz alltägliche Geschichte aus unserem Hause. Eigentlich hätte es dieses Thema nicht in meinen Infobrief geschafft, wäre da nicht die BILD-Zeitung, die es mit reißerischen Überschriften und (bewusst?) ungenauen „Fakten“ geschafft hat, die EU in Misskredit zu bringen. „Warum will die EU beim Drehspieß verbieten, was bei Bratwurst und Kassler erlaubt ist?“ ist eine der Überschriften, die die Tatsachen völlig verkehrt darstellt und die Wut der Bürger auf Brüssel schürt. Es war nie die Rede davon, etwas bei dem einen Fleischprodukt zu verbieten, was bei einem anderen erlaubt ist. Schlagkraft erhielt die ganze Geschichte auch noch dadurch, dass andere Medien auf den Zug aufgesprungen sind und die Meldung ungeprüft abgeschrieben haben.
Ich habe es an dieser Stelle schon oft geschrieben, aber ich möchte es noch einmal wiederholen: Falls Sie irgendwelche Nachrichten lesen oder hören, dass die EU „mal wieder“ Unsinn verzapft hat (oder auf dem Wege ist, ihn zu verzapfen), seien Sie bitte skeptisch! Ich versichere Ihnen, dass wir hier alles halbwegs bis überdurchschnittlich intelligente Menschen sind, die versuchen, gute Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger Europas zu finden! Niemand in unserem Hause ist daran interessiert, irgendwelche blödsinnigen Gesetze zu verabschieden, um den „kleinen Mann“ zu schikanieren. Falls Sie Fragen zu bestimmten Gesetzen oder Initiativen haben, können Sie sich immer gern an mich oder meine Abgeordneten-Kollegen wenden!

EU-Parlament gibt grünes Licht für Phase II der Brexit-Verhandlungen

„Ich habe nahezu kein Vertrauen mehr in die Verhandlungsführer“

Ich bin enttäuscht vom Ergebnis der bisherigen Brexit-Verhandlungen. Aber um den Verhandlungsprozess nicht aufzuhalten, habe ich – wie die große Mehrheit des EU-Parlaments und auch die Staats- und Regierungschefs – vergangene Woche grünes Licht für den Start der sogenannten Phase II gegeben. Im Moment kenne ich das Verhandlungsergebnis von Phase I nur vom Hörensagen (denn ein ausgereifter Text liegt mir auf Deutsch nicht vor), aber ganz ehrlich: Ich habe nahezu kein Vertrauen mehr in die Verhandlungsführer beider Seiten. Erst ist von einem großen Durchbruch die Rede, Stunden später heißt es von Seiten der britischen Premierministerin, die Brexit-Schlussrechnung werde nur dann bezahlt, wenn ein Handelsabkommen zwischen Großbritannien und der EU zustande kommt. Ein Erpressungsversuch?

Neben den Rechten der EU-Ausländer in Großbritannien (wie auch der Briten in der EU) und dem Problem der irischen Grenze sollte es ja aber genau darum in Phase I der Verhandlungen gehen: um die Verbindlichkeiten, die das Vereinigte Königreich der EU aus seiner Mitgliedschaft noch schuldet. Erst wenn darüber Einigkeit besteht, sollte Phase II, also das Gespräch über die künftigen Handelsbeziehungen der beiden Noch-Partner beginnen. Ich frage mich: Können wir uns überhaupt noch auf irgendwelche Aussagen der britischen Regierung verlassen? Einerseits ist sie nun mit einem Betrag von 40 bis 45 Milliarden Euro einverstanden, die sie der EU noch schuldet. Andererseits aber nur, wenn es einen Handelsvertrag gibt. Schon der Hinweis, dass es wohl auf fünf Milliarden Euro (5.000.000.000 Euro!) nicht so genau ankommt, ist für mich eine Zumutung.

Der Karren ist an die Wand gefahren! Und das schon vor langer Zeit. Um genau zu sein, noch vor dem Referendum in Großbritannien, als verantwortungslose Politiker und skrupellose Geschäftemacher den Leuten vorgegaukelt haben, ein Austritt aus der EU würde alle ihre Probleme lösen. Wann werden die Menschen diesseits und jenseits des Ärmelkanals endlich munter und begreifen, dass uns der Brexit viel mehr Probleme bringt anstatt welche zu lösen? Es stehen so viele Errungenschaften auf dem Spiel, nicht nur wirtschaftliche, auch kulturelle, sicherheitspolitische und viele mehr. Für mich gehören die Briten weiterhin dazu! Und wenn ich mir eines wünschen darf fürs neue Jahr, dann dieses: Lasst uns nicht „einigermaßen verträglich“ auseinandergehen, sondern lasst uns zusammenbleiben!

Europäische Strategie für emissionsarme Mobilität

„Zielführender sind Anreize für umweltschonende Maßnahmen“

Vergangene Woche hat das Europaparlament seine Stellungnahme über eine europäische Strategie zur emissionsarmen Mobilität abgegeben. Darin wird gefordert, schrittweise alle PKWs abzuschaffen, die CO2 ausstoßen. Die konservativen Kräfte – allen voran die Europäische Volkspartei, der auch ich angehöre – hat sich mit aller Macht gegen diesen Unfug gewehrt, aber die Entscheidung mit nur einer Stimme verloren! Noch ist das Kind aber nicht in den Brunnen gefallen, wir werden weiterkämpfen, das verspreche ich Ihnen!

Gegen eine gemeinsame Strategie für emissionsarme Mobilität kann man natürlich erst einmal nichts einwenden. Es geht um verschiedene Ansätze, die klima- und gesundheitsschädlichen Emissionen bei allen Transportträgern zu reduzieren, denn in Europa versursacht der Verkehrssektor derzeit ein Viertel der CO2-Emissionen und ein Großteil der Luftverschmutzung in den städtischen Ballungsgebieten. Doch lasst uns bei all den guten Ansätzen die Verhältnismäßigkeit nicht aus den Augen verlieren!

Wir brauchen einen technologieneutralen Ansatz, der den gesamten Fußabdruck berücksichtigt. Wer glaubt, dass nur Elektrofahrzeuge Nullemissionsfahrzeuge sind, der sollte sich fragen, wo die Energie dafür herkommt und wie die Batterien hergestellt beziehungsweise entsorgt werden. Und wir sollten es vor allem unterlassen, bestimmte Verkehrsträger zu bestrafen, denn jedes Transportmittel hat seinen Platz, vor allem im intermodalen Verkehr. Grundsätzlich halte ich nichts von Bestrafung, denn es ist zielführender, Anreize zu schaffen für energie- und umweltschonende Maßnahmen.

Glyphosat-Streit geht in die Verlängerung: SPD will Einsatz des Mittels in Deutschland verbieten

„Unser Kompromiss auf EU-Ebene war doch sehr vernünftig“

Ich finde es ausgesprochen schade, dass die deutsche Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) den Einsatz von Glyphosat in Deutschland verbieten beziehungsweise massiv beschränken will. Und das, obwohl alle Fakten dagegen sprechen, dass das Unkrautvernichtungsmittel für den Menschen gefährlich ist. Im Moment ist eine wirtschaftlich erträgliche Alternative einfach noch nicht in Sicht. Wir Verbraucher werden also bereit und auch in der Lage sein müssen, für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Deutschland viel tiefer in die Tasche zu greifen. Nicht alle Menschen in Deutschland können sich aber teurere Lebensmittel leisten. Sie werden die billigeren Importe kaufen. Wir sind mit Hilfe der Grünen und der Linken auf dem Weg, auch noch unsere Landwirtschaft zu ruinieren. Gratuliere!

Der Direktor der EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit hat es letzte Woche gegenüber der Deutschen Presseagentur sehr schön auf den Punkt gebracht: Menschen, die den Einsatz von Glyphosat ablehnten, befänden sich „in einem Konflikt zwischen Fakten und ihren eigenen Werten, aber anstatt ihre Werteinstellungen zu ändern, versuchen sie, die Fakten in Verruf zu bringen“. Wie recht er hat! Wenn Fakten weniger zählen als Ideologie, dann bestimmen Fake-News unser Zukunft.

Ich rufe Frau Hendricks deswegen auf, ihr Vorhaben noch einmal gründlich zu überdenken (oder einfach nur zu gehen!). Die Lösung, die wir auf EU-Ebene gefunden haben (nämlich die Verlängerung der Zulassung um fünf Jahre) war doch sehr vernünftig! Sie gibt allen Akteuren mehr Zeit, sich auf eine Zukunft mit „sanfteren“ Unkrautvernichtungsmethoden einzustellen.

Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit

Taskforce soll EU-Gesetze prüfen und Empfehlungen abgeben

Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sollen in der Kommissionsarbeit stärker berücksichtigt werden. Eine eingesetzte Taskforce soll entsprechende Empfehlungen bis Juli 2018 vorlegen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe werden auch Vorschläge für Bereiche erarbeiten, in denen die EU-Beschlussfassung ganz oder teilweise an die Mitgliedstaaten zurückübertragen werden könnten.

Der Taskforce gehören je drei Mitglieder aus den nationalen Parlamenten, aus dem EU-Parlament und aus dem Ausschuss der Regionen an. Die Tagesordnungen und Protokolle der Sitzungen werden im Internet veröffentlicht. Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sind in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union niedergelegt. Durch das Subsidiaritätsprinzip soll sichergestellt werden, dass die EU nur in den Fällen tätig wird, in denen Maßnahmen auf EU-Ebene effizienter sind als auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit soll sicherstellen, dass die Maßnahmen der EU nicht über das für die Erreichung der Vertragsziele erforderliche Maß hinausgehen.

Connecting Europe Facility (CEF): Förderfähige Projekte stehen fest, darunter sieben deutsche

Aus dem EU-Fonds für europäische Verkehrsnetze CEF (Connecting Europe Facility) will die EU-Kommission eine Milliarde Euro in 39 Verkehrsprojekte investieren. Zum ersten Mal werden dabei EU-Zuschüsse mit Finanzierungen der Europäischen Investitionsbank, der nationalen Förderbanken und der Privatbanken kombiniert. Die ausgewählten Projekte werden das europäische Schienennetz modernisieren, die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe weiterentwickeln und den Weg für einen emissionsfreien Wassertransport ebnen. Der größte Teil der Mittel wird für den Ausbau des europäischen Eisenbahnnetzes (719,5 Millionen Euro), für die Dekarbonisierung und Modernisierung des Straßenverkehrs (99,6 Millionen) sowie für die Entwicklung von Seehäfen (78,9 Millionen) bereitgestellt. In Deutschland wurden sieben Projekte ausgewählt, die mit 71,3 Millionen Euro gefördert werden sollen. Auch die Einrichtung eines europaweiten Netzes von 340 Ladestationen für Elektroautos in 13 EU-Ländern soll finanziell unterstützt werden.

Aus meinem Wahlkreis

Liebe Thüringerinnen und Thüringer,
das Jahr 2017 verabschiedet sich schon wieder. Dabei habe ich das Gefühl, es hat doch gerade erst begonnen! Wir alle stellen wieder einmal erneut fest, wie schnelllebig unsere Zeit ist. In diesen Tagen rufen sich viele von uns in Erinnerung, welche Höhepunkte sie 2017 erleben durften. Stolpersteine, Schwierigkeiten und Chancen ziehen gedanklich an uns vorüber. Mir geht nicht nur all das durch den Kopf, was wir auf europäischer Ebene gemeistert, sondern auch das, was wir verpasst haben. Ganz besonders denken wir in dieser Zeit an Menschen, die wir ein Stück ihres Weges begleiten durften und versuchen damit unseren Seelenfrieden zu finden. Ja, Weihnachten und Jahreswechsel erzeugen ganz sicher Momente des Innehaltens. Zukunftsängste, aber auch Freude auf das vor uns liegende Unbekannte kommen auf. Voller Erwartungen freue ich mich auf das neue Jahr, auf neue Aufgaben, auf inspirierende Begegnungen mit meinen Mitmenschen sowie auf die Zeit mit meiner Familie. Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben frohe Festtage. Möge uns das bevorstehende Jahr Frieden bringen. Frieden in unseren Herzen und in der Welt! **Ihr Dieter-L. Koch**

Thüringer Bürgerreise: Drei Tage Straßburg und europäische Institutionen pur

Informatives zu EU-Parlament und Europarat in Straßburg

Auch wenn man meinen könnte, die Teilnehmer meiner Straßburg-Informationsreise säßen hier auf der Zuschauertribüne des Europäischen Parlaments, ist dem nicht so: Eines der „Highlights", die ich diesmal auf das Programm meiner Bürgerreise gesetzt habe, war der Besuch des Europarats in Straßburg – und hier sehen Sie meine Gäste auf der Zuschauertribüne des Europarats. Die vielen Institutionen, die sich mit dem Wort „Europäisch" oder „Europa" schmücken, sind ziemlich verwirrend. Da gibt es zum Beispiel den Europäischen Rat (das sind die Staats- und Regierungschefs der EU), den Rat der Europäischen Union (auch „Ministerrat" genannt), der sich die europäische Gesetzgebung mit dem EU-Parlament teilt, und es gibt den Europarat. Dieser hat mit der Europäischen Union aber eigentlich gar nichts zu tun, außer, dass er sich mit ihr die Flagge und die Hymne teilt und alle Mitglieder der EU auch Mitglieder des Europarats sind. Bis 1999 haben sich die EU-Abgeordneten und die Abgeordneten des Europarats (in der Regel sind das Abgeordnete aus den nationalen Parlamenten) sogar den Plenarsaal in Straßburg geteilt! Ganz schön verwirrend, nicht wahr? Deswegen freue ich mich immer, wenn ich für meine Thüringer Besuchergruppen auch einen Termin im Europarat „erhaschen" kann. Denn wenn man sowohl Parlament als auch Europarat besucht hat, wird einem der Unterschied viel klarer.

Thüringer Innovationspreis Zukunft Handel 2017

Erfolgreiche Vorreiter im Thüringer Einzelhandel gesucht

Durch das Thüringer Wirtschaftsministerium, den Einzelhandelsverband Thüringen und die Industrie- und Handelskammer Erfurt wird 2017 erstmalig der „Thüringer Innovationspreis Zukunft Handel" vergeben. Mit dem Wettbewerb soll die notwendige digitale Neuausrichtung des regionalen Einzelhandels nachhaltig unterstützt werden. Ausgezeichnet werden Vorreiter im Einzelhandel, die sich mit originellen, innovativen, zukunftsweisenden und kundenorientierten digitalen Strategien und Maßnahmen erfolgreich und zukunftsträchtig aufstellen. Die Bewerbungsunterlagen werden bis 31. Dezember von der Erfurter Kammer entgegengenommen. Mehr Informationen zum Innovationspreis Zukunft Handel 2017 erhalten Sie unter: *http://bit.ly/2sqncK5*

Aus meinem Wahlkreis

Und hier noch ein paar Eindrücke von den diesjährigen Weihnachtsfeiern. Die Teilnehmer bekamen wie jedes Jahr ein kleines Geschenk, auch wenn ich nicht der Veranstalter war. So geschehen auch auf der CDU-Senioren-Weihnachtsfeier in Weimar.

Service und Termine

★ Handelsabkommen EU-Japan

Die Europäische Union und Japan haben sich auf ein umfassendes Freihandelsabkommen geeinigt. Der seit 2013 vorbereitete Vertrag soll Zölle und andere Handelshemmnisse abbauen, um dadurch Wachstum und neue Jobs zu schaffen. Japan ist nach den USA und China die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und damit ein äußerst interessanter Absatzmarkt für europäische Unternehmen. Zusammen zählen die EU und Japan mehr als 600 Millionen Einwohner. An der Wirtschaftskraft gemessen könnte durch das Abkommen die größte Freihandelszone der Welt entstehen. Die beiden Partner sind derzeit zusammen für knapp 30 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung verantwortlich. Im Idealfall soll das Abkommen noch vor der Europawahl 2019 in Kraft treten.

★ Meinungen zu Fake News gefragt

Die EU-Kommission möchte wissen, wie Bürger und Interessensträger Fake News wahrnehmen, inwiefern sie Online-Desinformationen erkennen, in welchem Umfang sie unterschiedlichen Medien Glauben schenken und wie sie die Maßnahmen bewerten, die Plattformen, Nachrichtenmedien und Organisationen der Zivilgesellschaft bereits gegen Fake News unternommen haben. Wenn auch Sie sich an der Konsultation beteiligen möchten, können Sie das bis zum 23. Februar unter folgendem Link tun: *https://ec.europa.eu/germany/news/20171113fakenews_de*

★ EU-Mittel für Ihre Region/Stadt erfolgreich nutzen

Der neue kostenlose Online-Kurs des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) wird nützliche Informationen zu aktuellen und zukünftigen EU-Förderprogrammen sowie praktische Beispiele für Finanzierungsmöglichkeiten auf regionaler und lokaler Ebene bereitstellen. Sind Sie als Student/-in, Journalist/-in, Lehrkraft oder einfach als Bürger/-in daran interessiert, wie Sie die EU-Mittel am besten für Ihre Region oder Stadt nutzen können? Dann melden Sie sich für diesen Online-Kurs bis 15. Januar an! Infos unter: *http://bit.ly/2BxCUvG*

★ eTwinning-Seminar für Anfänger

Französischsprechende Lehrkräfte, die schon häufiger mit dem Gedanken gespielt haben, ein eTwinning-Projekt in ihren Unterricht zu integrieren, haben auf einem Seminar in Poitiers vom 23. bis 25. März die Gelegenheit, das eTwinning-ABC von Grund auf zu erlernen. Lehrkräfte aller Fächer der Sekundarstufe können sich bis zum 31. Januar bewerben unter: *http://bit.ly/2AWyDSW*

★ Deutsch-ukrainische Jugendbegegnungen

Ziel des Förderprogramms „MEET UP“ ist es, die Beziehungen zur Ukraine zu intensivieren und das Engagement junger Menschen aus Deutschland und aus der Ukraine für demokratische Grundwerte und Völkerverständigung zu stärken. Darüber hinaus ermöglicht das Programm auch trilaterale Begegnungen mit jungen Menschen aus Russland, was ich außerordentlich begrüße! Unterstützt werden Projekte, mit denen junge Menschen in ihrem Umfeld Veränderungen auf den Weg bringen wollen. Antragsfrist ist der 15. Februar. Infos: *http://bit.ly/2A2ORVW*

★ Erasmus+ Schulbildung auf 20 Seiten erklärt

Erasmus+ Schulpartnerschaften können mit vereinfachter Antragstellung bis zu 99.000 Euro im Jahr für ihre Projekte erhalten. Einen guten ersten Überblick bietet die 20-seitige Kurzfassung des Programmleitfadens, den der Pädagogische Austauschdienst jetzt herausgegeben hat. Download unter: *www.kmk-pad.org/erasmus+leitfaden2018*

! **Hinweis:** Mein nächster Infobrief erscheint am 8. Januar. !

Für Sie in Europa

evp - fraktion im europäischen parlament

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter

CDU